



DIE WELT, 14.06.2018, Nr. 136, S. 10 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

## "Stillstand können wir uns nicht leisten"

### Energiewirtschaft wirft Minister Peter Altmaier Nichtstun vor

Daniel Wetzel

Die deutsche Energiewirtschaft hat die neue Bundesregierung in scharfer Form der Untätigkeit und Konzeptlosigkeit in Sachen Energiewende bezichtigt. Auf dem Jahreskongress des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft in Berlin warf BDEW-Chef Stefan Kapferer dem zuständigen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) "Stillstand" vor und stellte ihm für die ersten 100 Tage im Amt in zentralen energiepolitischen Fragen ein "Armutszeugnis" aus.

"Vor vier oder fünf Jahren hätten sich viele von uns gewünscht, dass es die Politik mit der Energiewende etwas langsamer angehen lässt", sagte Kapferer vor rund 1600 Delegierten der deutschen Energiewirtschaft. "Doch das Bild hat sich gedreht", betonte der BDEW-Chef: "Heute sind wir die Tempomacher." Die Energiepolitik hingegen lasse in allen wichtigen Fragen Klarheit vermissen. Normalerweise gehe die Politik kurz vor der Sommerpause in eine "heiße Entscheidungsphase", um wichtige offene Fragen abzuräumen. "In diesem Jahr: Fehlanzeige", stellte Kapferer fest. "Stillstand können wir uns aber nicht leisten."

Seit Wochen streite sich die große Koalition über Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien, die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung in der Stromerzeugung und über den Netzausbau - "und am Ende passiert nichts", berichtete Kapferer über seine Erfahrung mit der neuen Regierung: "Ich komme mir schon vor wie eine Schallplatte mit einem Sprung!" So hätte die neue Bundesregierung etwa die wirtschaftlichen Bedingungen für Stromspeicher, die für den weiteren Ökostrom-Ausbau entscheidend sind, längst verbessern können, kritisierte der BDEW-Chef: Doch obwohl "der Speicher-Verhinderungsstaatssekretär Rainer Baake jetzt schon seit 3 Monaten ausgeschieden ist, ist nichts passiert", schimpfte Kapferer: "Die Politik muss hier verdammt noch mal mehr Tempo machen."

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hatte sich erst zu Wochenbeginn beim Energieministerrat in Luxemburg gegen zu hohe Zielwerte beim europäischen Ökostrom-Ausbau ausgesprochen. Einen Systemwechsel bei der Finanzierung der Energiewende, die von vielen Umweltökonomern für notwendig erachtet wird, lehnte Altmaier ebenso ab wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Die Verabschiedung eines "100-Tage-Gesetzes", das unter anderem für Klarheit bei den Ausschreibungen für Windenergie sorgen soll, wurde verschoben. Aus Sicht der Energiebranche geht nichts voran, betonte Kapferer.

Einen Beleg für seine Sichtweise fand Kapferer im Klimaschutzbericht, der am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Demnach verfehlt Deutschland sein CO<sub>2</sub>-Minderungsziel bis 2020 deutlich um acht Prozentpunkte. Statt der angestrebten Reduktion der Treibhausgase gegenüber 1990 um 40 Prozent, werden wohl lediglich 32 Prozent Minderung erreicht. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) machte das starke Wirtschaftswachstum, die gesunkenen Preise für Öl, Kohle und Gas sowie die Zuwanderung für das Verfehlen des CO<sub>2</sub>-Ziels verantwortlich. Der Klimaschutzbericht enthalte jedoch auch "eine faszinierende Botschaft", stellte BDEW-Chef Kapferer fest: Die oft gescholtene Energiewirtschaft hat demnach die größte Minderungsleistung erbracht. "Allein in den vergangenen 15 Monaten sind sechs Gigawatt Kohlekraftwerke ausgeschieden", sagte Kapferer. Die Energiewirtschaft habe drei Viertel der deutschen CO<sub>2</sub>-Minderung allein erbracht und werde auch das 40-Prozent-Ziel bis 2020 erreichen. "Was machen eigentlich alle anderen", fragte Kapferer und verwies damit auf die Klimaschutz-Verantwortung von Verkehr, Gebäudewärme und Industrie.

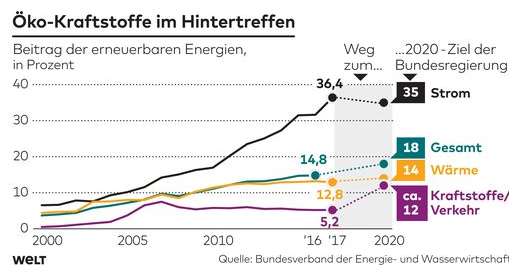
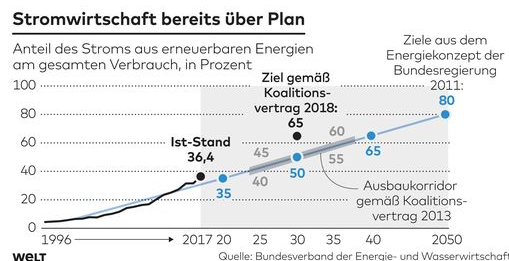
Vor dem Hintergrund der verschärften CO<sub>2</sub>-Sparziele bis 2030 warnte Kapferer vor einer Erzeugungslücke, die sich nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke 2022 auftun werde. Deutschland werde die Spitzennachfrage nach Strom dann mit eigenen Kraftwerken nicht mehr leisten können und werde auf Importe angewiesen sein. Damit drohe die Arbeit der von der Bundesregierung berufenen Kohle-Kommission ins Leere zu laufen, warnte der BDEW-Chef. Wenn die Kommission die Abschaltung von Kohle-Kraftwerken jahresscharf festlege, könnte die Bundesnetzagentur aufgrund der knappen Kapazitäten dazu gezwungen sein, die Abschaltpläne aus Gründen der Versorgungssicherheit gleich wieder einzukassieren. Kapferer forderte Altmaier auf, "sich dieser Realität zu stellen." Die Bundesregierung müsse schnellsten Anreize setzen, um den Neubau von Ersatzkraftwerken auszulösen. Altmaier reagierte äußerlich braun gebrannt, inhaltlich jedoch blass auf die Vorwürfe der Energiebranche. In seiner Rede vor dem Kongress lobte der Minister vor allem die Erfolge früherer Bundesregierungen. Zu den aktuellen Problemen versprach der Minister zumeist nur, Lösungsmöglichkeiten "mit Ihnen zu diskutieren". Auch bei der von Kapferer als drängend bezeichneten Speicher-Frage blieb Altmaier vage: "Wir müssen darüber reden, wie wir da vorankommen." Der Minister sei offenbar durch den Handelsstreit mit den USA und als Flüchtlingsbeauftragter der Bundesregierung durch den BAMF-Skandal so stark in Anspruch genommen, dass ihm für Energiepolitik derzeit keine Zeit bleibe, mutmaßten hochrangige Besucher des BDEW-Kongresses. Konkrete Lösungen und Vorschläge hatte der Minister jedenfalls nicht im Gepäck.

Als die neu gewählte BDEW-Präsidentin Marie-Luise Wolff nachfragte, wie Altmaier etwa die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung sicherstellen wolle, die ein wichtiges Thema für viele der rund 900 deutschen Stadtwerke ist, blätterte der Minister auf offener Bühne ratlos in seinem Redemanuskript. "Was haben mir meine Leute dazu aufgeschrieben?" Nichts: "Wenn Sie mir Ihre Wünsche dazu auf zwei DIN-A4-Seiten aufschreiben, werden wir das sehr gerne mit Ihnen diskutieren", beschied Altmaier der verduzten BDEW-Präsidentin. "Gut", antwortete Wolff, "die zwei Seiten kriegen wir voll".

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien kassierte Altmaier frühere Zusagen wieder ein. So hatte die Koalition ursprünglich festgelegt, für 2019 und 2020 jeweils vier Gigawatt Solar- und Windkraftanlagen zusätzlich auszuscheiden, um sich den deutschen Klimaschutzzielen wenigstens noch anzunähern. "Wir werden darüber reden, wie wir das strecken können", sagte Altmaier jetzt auf dem Kongress. Der Grund klingt plausibel: Werden zu viele Ökostrom-Projekte ausgeschrieben, kann jeder Bieter sicher sein, bei mindestens einem Bauprojekt den Zuschlag zu bekommen. Dadurch gebe es bei den Ausschreibungsrunden keinen Druck mehr, sich um niedrige Gebote zu bemühen, warnte der Minister.

Für den BDEW bleiben damit offene Fragen. Denn für die Energiewirtschaft hatte der Koalitionsvertrag das neue Ziel festgesteckt, bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter, um insgesamt 61 Prozent zu senken. Zudem wurde das Ziel des Ökostrom-Anteils von ursprünglich 55 Prozent auf 65 Prozent verschärft. "Diese Ziele müssen wir unter einen Hut kriegen, und da ist es entscheidend, dass der Kohleausstieg nicht zu spät kommt", warnte die neue BDEW-Präsidentin. Die Kohlekommission der Bundesregierung soll sich am 26. Juli zur ersten Sitzung treffen.

Daniel Wetzel



Quelle: DIE WELT, 14.06.2018, Nr. 136, S. 10

Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 157860283

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/WELT\\_87036eef95be0a6e966e726088ae3d7899b9ea00](https://www.wiso-net.de/document/WELT_87036eef95be0a6e966e726088ae3d7899b9ea00)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH